

Kölner Wahlprüfsteine zum Thema Flucht und Migration 2025

Alle Antworten der 10 Kölner OB-Kandidat:innen/Parteien in der [PDF](#).

Frage 2: Aufnahmepolitik weiterentwickeln

Es bestehen kommunale Spielräume zur Aufnahme geflüchteter Menschen, zudem können sich Städte und Gemeinden gegenüber Bund und Land für eine großzügige Aufnahmepolitik einsetzen.

- a) Wie stehen Sie dazu, dass auf Bundesebene Migration als Sicherheitsproblem gesehen wird, das mit Maßnahmen von Abschottung/Begrenzung und Abschreckung (Abschaffung der vermeintlichen „Pull Faktoren“, Zurückweisung an den Grenzen) gelöst werden soll?
- b) Wie sorgen Sie innerhalb der Kommune dafür, dass die Menschen nicht zur Zielscheibe populistischer Stimmungsmache werden und ein sachlicher Diskurs geführt wird?
- c) Wie lautet Ihre Position bezüglich der Aufnahme von Schutzsuchenden? Werden Sie sich für Landes- und Bundesaufnahmeprogramme und die Ausweitung der freiwilligen kommunalen Aufnahmen einsetzen?
- d) Wie werden Sie sich dafür einsetzen, dass Köln eine Stadt des Bleibens wird, deren Ziel Inklusion und nicht Abschiebung ist?

BERIVAN
AYMAZ
Oberbürgermeisterin für Köln
2025

Berivan Aymaz – Die GRÜNEN

a) Wir Kölner GRÜNE lehnen es gemeinsam mit unserer Oberbürgermeisterkandidatin Berivan Aymaz ab, Migration als Sicherheitsproblem zu behandeln. Eine Politik, die auf Abschottung, Abschreckung und die pauschale Stigmatisierung vermeintlicher „Pull-Faktoren“ setzt, löst die Frage nicht, sondern verstärkt Ausgrenzung und Unsicherheit. Wir setzen stattdessen auf eine menschenrechtsbasierte Migrationspolitik, die Integration, Teilhabe und Schutz in den Mittelpunkt stellt.

Als GRÜNE stehen wir für eine offene und solidarische Stadtgesellschaft. Köln ist vielfältig – fast jede zweite Person hier hat eine internationale Geschichte. Das ist keine Herausforderung, sondern eine Stärke, die unsere Gesellschaft bereichert und die wir gestalten wollen. In unserem Kommunalwahlprogramm haben wir unsere Ziele klar formuliert: Wir wollen Bleibeperspektiven schaffen, faire Zugänge zu Bildung, Arbeit und Gesundheitsversorgung sichern und Köln als sicheren Hafen stärken.

Gerade in Zeiten, in denen Menschenrechte unter Druck geraten, braucht es Städte wie Köln, die Haltung zeigen – für Schutzsuchende, für die Menschenwürde und für das Recht auf ein gutes Leben, unabhängig von Herkunft oder Pass.

b) Wir GRÜNE setzen uns gemeinsam mit unserer Oberbürgermeisterkandidatin Berivan Aymaz dafür ein, dass niemand aufgrund seiner Herkunft, Religion oder Lebensweise Ziel populistischer Stimmungsmache wird. Wir stärken eine klare, faktenbasierte Kommunikation der Stadtverwaltung und sorgen dafür, dass Entscheidungen transparent begründet werden. So nehmen wir Unsicherheiten und schaffen Vertrauen.

Wir fördern Orte und Formate, in denen Menschen miteinander ins Gespräch kommen, sei es in Schulen, Bürgerzentren oder auf Stadtteilstesten, und setzen dabei auf Dialog statt Spaltung. Projekte, die Vorurteile abbauen und Begegnung fördern, unterstützen wir gezielt, genauso wie die Arbeit von Antidiskriminierungsstellen. Uns ist wichtig: Köln steht zusammen gegen Hetze. Darum beziehen wir als Stadt bei Angriffen auf einzelne Gruppen klar Position, arbeiten eng mit zivilgesellschaftlichen Initiativen zusammen und unterstützen diejenigen, die sich für Respekt und Zusammenhalt einsetzen.

c) Wir setzen uns klar dafür ein, dass Köln auch zukünftig Menschen in Not aufnimmt – sei es über Bundes- und Landesaufnahmeprogramme oder durch freiwillige kommunale Aufnahme. Gerade in humanitären Krisen muss Köln als solidarische und



	<i>handlungsfähige Stadt vorangehen. Für uns ist klar: Schutzsuchende brauchen von Anfang an eine faire Chance auf ein sicheres Leben, eine gute Unterbringung sowie Zugang zu Bildung, Arbeit und medizinischer Versorgung. Köln ist und bleibt ein Sicherer Hafen – wir fordern, dass unsere Stadt unabhängig von staatlichen Kontingenten Geflüchtete aufnimmt. Dies gilt für alle, die vor Krieg, Verfolgung, Gewalt oder Diskriminierung fliehen müssen. Köln bekennt sich zudem klar zur Seenotrettung.</i> a) d) <i>Wir GRÜNE und unsere Oberbürgermeisterkandidatin Berivan Aymaz möchten, dass Köln eine Stadt des Bleibens ist – ein Ort, an dem Menschen unabhängig von ihrer Herkunft oder ihrem Aufenthaltsstatus Perspektiven aufbauen können. Unser Ziel ist Inklusion statt Abschiebung. Dazu setzen wir uns für sichere Aufenthaltsperspektiven (zum Beispiel das seit 2021 dauerhaft verankerte Programm „Bleibereichtsperspektiven“), frühzeitigen Zugang zu Arbeit, Bildung und Sprachkursen sowie eine verlässliche soziale Teilhabe ein. Wo Entscheidungen beim Land oder Bund liegen, drängen wir auf humanere Bleiberechtsregelungen, einen besseren Schutz vor Kettenduldungen und faire Verfahren. In Köln selbst nutzen wir alle rechtlichen Spielräume, um Abschiebungen zu vermeiden und Integration zu fördern (zum Beispiel die Ausländerrechtliche Beratungskommission), damit aus Ankommen ein dauerhaftes Zuhause werden kann!</i>
	Markus Greitemann – CDU: a) Migration ist kein Sicherheitsrisiko. Problematisch wird sie erst, wenn sie unkontrolliert verläuft und dadurch Ordnung und Hilfsbereitschaft unter Druck geraten. Eine verantwortungsvolle Politik braucht klare Regeln und deren konsequente Umsetzung. Daher steht die CDU Köln für die Begrenzung irregulärer Zuwanderung, den Schutz des Asylrechts und die Wahrung des sozialen Friedens. b) Die CDU Köln steht für einen respektvollen, faktenbasierten Diskurs. Pauschale Verurteilungen lehnen wir ab, denn Geflüchtete sind keine Spielbälle. Zugleich muss Kritik an Fehlentwicklungen jederzeit möglich bleiben. Um Vorurteilen und Populismus entgegenzuwirken, setzen wir auf Dialogformate, Integrations- und Nachbarschaftsprojekte sowie die enge Zusammenarbeit mit Zivilgesellschaft, Kirchen und Migrantenorganisationen. So stärken wir das Miteinander und verhindern Spaltung. c) Deutschland trägt eine internationale Verantwortung zum Schutz von Menschen in Not und Köln bekennt sich klar zu dieser humanitären Pflicht. Die CDU Köln befürwortet daher geordnete Aufnahmeprogramme auf Bundes- und Landesebene, insbesondere für besonders schutzbedürftige Gruppen wie Frauen, Kinder sowie Verfolgte aus Kriegs- und Krisengebieten. Jedoch darf humanitäres Engagement nicht zulasten der städtischen Infrastruktur gehen. Die CDU Köln setzt sich daher für rechtsstaatlich fundierte, kommunal abgestimmte und sozial tragfähige Programme ein. Symbolpolitik lehnen wir ab. d) Menschen aus aller Welt haben hier ein neues Zuhause gefunden und unser Stadtbild kulturell, wirtschaftlich und gesellschaftlich mitgeprägt. Die CDU Köln bekennt sich zu dieser gewachsenen Vielfalt. Gleichzeitig betonen wir, dass Migration klare Regeln braucht. Wer bei uns Schutz sucht und hier leben möchte, muss bereit



	sein, sich einzubringen, die Sprache zu lernen, zu arbeiten, unsere Gesetze zu achten und die freiheitlich demokratische Grundordnung zu respektieren. Wer keine Bleibeperspektive hat, unsere Regeln missachtet oder das Vertrauen des Rechtsstaats verspielt, muss in sein Herkunftsland zurückkehren.
	Heiner Kockerbeck – Die Linke: a. Lehnen wir ab b. Antirassistische Arbeit steht im Mittelpunkt der Arbeit der Fraktion c. Ja d. Wir werden die bestehenden Möglichkeiten verteidigen und für die Stärkung der Kommunen eintreten, dass sie das Recht haben Menschen selbst aufzunehmen.
	Volker Görzel – FDP: a) Viele Menschen machen sich Sorgen um Sicherheit und Ordnung – diese Sorgen nehmen wir ernst. Gleichzeitig sehen wir Migration nicht pauschal als Sicherheitsproblem, sondern als eine Realität, die Chancen und Herausforderungen mit sich bringt. Wer nur auf Abschottung, Begrenzung und Abschreckung setzt, greift zu kurz. Für uns ist entscheidend: klare Regeln, schnelle Verfahren und eine faire Unterscheidung zwischen Menschen, die Schutz brauchen, und solchen, die aus anderen Gründen kommen. Ja, wir brauchen sichere Grenzen, aber wir brauchen ebenso legale Wege der Zuwanderung – gerade für den Arbeitsmarkt. Nur so können wir Missbrauch verhindern, Integration gelingen lassen und gleichzeitig Köln als weltoffene Gesellschaft stärken. b) Wir setzen uns gegen jede Form von populistischer und rassistischer Stimmungsmache ein. So nehmen wir auch am Fairnessabkommen der demokratischen Parteien in Köln teil und haben selbstverständlich unterschrieben, dass kein Wahlkampf auf Kosten von Menschen mit Flucht- und Migrationshintergrund geführt werden darf. c) Köln ist eine weltoffene Stadt, die in der Vergangenheit immer wieder gezeigt hat, dass sie Menschen in Not hilft. Das ist Teil unserer Identität – und darauf können wir stolz sein. Gleichzeitig müssen wir realistisch bleiben: Die Stadt stößt bereits jetzt an ihre Kapazitätsgrenzen – sei es bei Wohnraum, Schulen, Kitas oder Sozialarbeit. Zusätzliche Landes- oder Bundesaufnahmeprogramme und eine Ausweitung der freiwilligen kommunalen Aufnahme würden die Situation vor Ort verschärfen, anstatt sie zu verbessern. Darum setzen wir uns dafür ein, dass die Aufnahme von Schutzsuchenden fair auf viele Schultern verteilt wird und die Stadt Köln nicht überfordert. Nur so können wir gewährleisten, dass Integration tatsächlich gelingt und die Menschen, die hierherkommen, die Unterstützung erhalten, die sie brauchen. d) Für uns Freie Demokraten ist erfolgreiche Integration ein zentraler Schlüssel für die gemeinsame Entwicklung unserer Stadtgesellschaft in Wohlstand und Demokratie. Integration ist ein wechselseitiger Prozess: Eine offene und pluralistische Gesellschaft kann nur funktionieren, wenn kulturelle Unterschiede anerkannt werden. Ob Sprachförderung, Feste der Inklusion, Förderung von Integrationsprojekten oder



	Migrantenorganisation: Unser Wahlprogramm hat viele Vorschläge, wie Inklusion in Köln gelingen kann: FDPWahlprogramm_2025.pdf, ab Seite 98.
	Inga Feuser – Gut & Klimafreunde: a) Kritik an migrationsfeindlicher Bundespolitik Wir kritisieren jede Politik, die Migration als Sicherheitsproblem darstellt. Wir lehnen Abschottung, Abschreckung und das Konzept der „Pull-Faktoren“ entschieden ab. Die Verteidigung des Rechts auf Asyl und Solidarität mit Schutzsuchenden gehören zu unserem programmatischen Kern. b) Sachlicher Diskurs in der Kommune GUT & KLIMA FREUNDE fordern aktive Aufklärung gegen rechte Narrative, Schutz vor rassistischer Stimmungsmache und eine menschenrechtsbasierte Kommunikationsstrategie der Stadt. Köln muss Raum für vielfältige Biografien sein und bleiben. c) Aufnahmeprogramme unterstützen Wir setzen uns ausdrücklich für kommunale Aufnahmeprogramme, humanitäre Landes- und Bundesprogramme sowie die Beteiligung Kölns an Bündnissen wie „Städte Sicherer Häfen“ ein. d) Köln als Stadt des Bleibens Unser Wahlprogramm betont Inklusion statt Abschiebung. Köln soll ein Ort sein, an dem Bleibeperspektiven gestärkt und Vertreibung durch Verwaltungspraxis vermieden wird.
	Torsten Burmester – SPD: Köln hat kommunale Spielräume, um geflüchtete Menschen aufzunehmen – und wir wollen diese Spielräume nutzen. Wir lehnen die auf Bundesebene zunehmende Gleichsetzung von Migration mit einem Sicherheitsproblem ab. Statt Abschottung und Abschreckung setzen wir auf Inklusion, Integration und die Bekämpfung von Fluchtursachen. Köln soll eine Stadt des Bleibens sein, in der Zugehörigkeit und Teilhabe möglich sind. Wir setzen uns für die Ausweitung freiwilliger kommunaler Aufnahmen ein und unterstützen Landes- und Bundesprogramme, die Geflüchteten eine sichere Perspektive bieten. Gleichzeitig treten wir populistischen und unsachlichen Debatten entschieden entgegen, mit Fakten, positiven Beispielen und direkter Begegnung zwischen Menschen.
	Lars Wolfram – Volt: a) Statt Menschen unter dem Stichwort Migration pauschal zu kriminalisieren, setzt Volt auf eine effektive Steuerung und bessere Ressourcennutzung. Dazu gehören schnellere Asylverfahren, eine koordinierte europäische Strategie und der Abbau bürokratischer Hürden. Ein sofortiger Arbeitsmarktzugang und die vereinfachte



	Anerkennung von Berufsabschlüssen ermöglichen es Geflüchteten, frühzeitig wirtschaftlich unabhängig zu werden. Mit dem Konzept des Chancenjahres soll abgelehnten Asylbewerber*innen eine klare Perspektive geboten werden, um durch Beschäftigung und Integration ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht zu erlangen. Parallel dazu muss die psychosoziale Betreuung ausgebaut werden, um gezielt auf die Bedarfe traumatisierter Menschen einzugehen. Eine erfolgreiche Integrationspolitik erfordert zudem eine stärkere Unterstützung der Kommunen, da sie bei der Umsetzung eine zentrale Rolle spielen. Volt schlägt eine nachhaltige Finanzierungsstruktur sowie gezielte EU-Fördermittel vor, um Städte und Gemeinden besser auszustatten. Volt setzt sich für eine Migrationspolitik ein, die klare Strukturen schafft, wirtschaftliche Potenziale nutzt und Integration als gesamtgesellschaftliche Aufgabe versteht. Unser Plan bietet umsetzbare Lösungen, die pragmatisch, effizient und zukunftsorientiert sind. b) Volt sieht Migration als Chance und betrachtet zugewanderte Menschen mit oder ohne Fluchthintergrund als Bereicherung und großes Potenzial für unsere Gesellschaft. Eine Zusammenarbeit mit rechtsextremen Parteien schließen wir klar aus. Ihre Parolen übernehmen wir nicht. Unsachliche Debatten über Migration und Flucht begegnen wir mit Fakten und einer lösungsorientierten Politik statt mit Populismus. Gesellschaftliche Herausforderungen wie Wohnraummangel, Bildungsungerechtigkeit oder soziale Ungleichheit müssen an ihren Wurzeln angepackt werden – unabhängig davon, wen sie betreffen. c) Städte und Gemeinden sind die ersten Ansprechpartner, wenn es um Integration, Bildung und Wohnraum geht. Sie müssen finanziell deutlich besser ausgestattet werden, um die Aufnahme und Integration von Geflüchteten menschenwürdig gestalten zu können. Volt setzt sich für eine geregelte und menschenwürdige Migration ein. Wir bekennen uns klar zu den europäischen Werten und dem Schutz von Geflüchteten gemäß den geltenden Menschenrechtskonventionen und europäischen Gesetzen. Menschen, die vor Menschenrechtsverletzungen, Kriegen (subsidiärer Schutz) oder politischer Verfolgung (Genfer Flüchtlingskonvention) fliehen, dürfen weder abgewiesen noch abgeschoben werden. Europäische Praktiken, die ungerechtfertigte Inhaftierungen ermöglichen, müssen beendet werden. d) Einerseits durch die Etablierung des internationalen Welcome Desks, der nicht nur bei der Orientierung und Integration in den lokalen Arbeitsmarkt unterstützt, sondern auch das Ankommen insgesamt erleichtert. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass Köln weltoffen bleibt und Vielfalt gefeiert wird. Migrantische Selbstorganisationen und interkulturelle Zentren wollen wir in ihrer wichtigen Arbeit weiterhin stärken und fördern.
	Hans Mörtter – parteilos: a) Ich lehne die Sichtweise ab, Migration als Sicherheitsproblem zu definieren. Köln zeigt seit Jahren mit der „Kölner Linie“, dass Aufnahme kein Risiko, sondern eine Chance ist. Abschottung und Abschreckung führen nicht zu Lösungen, sondern zu weiterer Spaltung.



	b) Populistischer Stimmungsmache trete ich entschieden entgegen – mit klaren Fakten, mit Haltung und mit Geschichten von gelungener Integration. Köln soll ein Vorbild für einen respektvollen, sachlichen Diskurs sein. c) Ich befürworte Landes- und Bundesaufnahmeprogramme und werde mich dafür einsetzen, dass Köln darüber hinaus eigene Aufnahmen ermöglicht. Wir haben die Stärke und die Strukturen, Menschen Schutz zu bieten. d) Mein Ziel ist, Köln zu einer Stadt des Bleibens zu machen. Inklusion statt Abschiebung ist das Ziel. Menschen sollen hier Perspektiven haben, nicht Angst.
	Roberto Campione – Kölner StadtGesellschaft: a. Die Kölner StadtGesellschaft setzt sich für eine menschenrechtsorientierte Aufnahme- und Integrationspolitik ein und sieht Migration grundsätzlich als Bereicherung. Integration und gesellschaftliche Teilhabe stehen im Vordergrund, aber auch der Wille der Menschen, diese Prozesse mitzutragen. b. Die Partei setzt auf eine faktenbasierte, inklusive und öffentlich dialogorientierte Debattenkultur im Veedel und auf stadtweiter Ebene. Das „KölnKann“-App und Veedelsdialoge z.B. stärken die Beteiligung und Information gegen populistische und diskriminierende Narrative. c. Wir befürworten eine aktive Rolle der Stadt in Aufnahmeprogrammen auf Landes- und Bundesebene und setzen uns – im Einzelfall und nach Prüfung – für die Ausweitung von Aufnahmechancen geflüchteter Menschen ein. d. Ziel: Inklusion statt Abschiebung. Programme wie „Housing First“ und Kooperationen für Bleibeperspektiven werden ausdrücklich unterstützt.
	Heike Herden – Partei des Fortschritts: 2 a) Abschreckung spaltet, sie löst keine Probleme. Köln soll seinen solidarischen Kurs selbstbewusst fortsetzen und das auch klar sagen. Denn Humanität und Rechtsstaatlichkeit sollte zusammen gedacht werden. 2 b) Menschen verdienen eine ruhige, faire Debatte auf Basis von Fakten. Deshalb setze ich auf mehrsprachige Informationen, schnelle Richtigstellungen bei Falschbehauptungen und Formate, in denen man einander zuhört. So entsteht ein Klima, in dem Probleme lösbar werden. 2 c) Wer Schutz sucht, soll verlässliche Wege finden, wenn Unterbringung und Integration gesichert sind. Aufnahmezusagen sollten transparent und gut vorbereitet sein, damit Ankommen gelingt. Stadt, Zivilgesellschaft und Träger sollten dabei eng zusammenarbeiten. 2 d) Eine Stadt des Bleibens setzt auf Inklusion statt auf Angst. Kommunale Spielräume sollten human genutzt werden, sensible Orte wie Schulen und Kliniken bleiben geschützt.



Alle Antworten der 10 Kölner OB-Kandidat:innen/Parteien in einer [PDF](#) (38 Seiten)

Die Antworten zu den einzelnen Fragen gibt es unter den folgenden Links

[Frage 1](#): Migration als Teil von Köln gestalten

[Frage 2](#): Aufnahmepolitik weiterentwickeln

[Frage 3](#): Ausländerbehörde (ABH): Funktionieren und Funktion als Willkommensbehörde

[Frage 4](#): Bleibeperspektiven schaffen

[Frage 5](#): Ausbildung und Arbeit ermöglichen

[Frage 6](#): Spracherwerb fördern

[Frage 7](#): Kita-Plätze schaffen

[Frage 8](#): Menschenwürdige Versorgung unterstützen (Bsp. Gesundheit, Bezahlkarte, Wohnen)

[Frage 9](#): Abschiebungen: Ermessensspielräume und Schutznormen beachten

[Frage 10](#): Kirchenasyl schützen

[Frage 11](#): Kommunale Spielräume behalten

[Frage 12](#): Freiwilliges Engagement fördern

